



Bregenz, 23. Februar 2021

Neue Vorsitzende



Liebe KollegInnen!

Die PflichtschullehrerInnengewerkschaft in der GÖD Vorarlberg hielt am Donnerstag, 18. Februar 2021 in Feldkirch ihren alle fünf Jahre stattfindenden Gewerkschaftstag ab. Aufgrund der aktuellen Pandemie fand dieser nur in eingeschränkter Form und unter Einhaltung aller Hygienemaßnahmen statt. Nachdem Gerhard Unterkofler (FSG) schon vor einem halben Jahr seine Funktion als Vorsitzender zurückgelegt hatte, wurde ich nun auch beim Landestag der Vorarlberger PflichtschullehrerInnengewerkschaft als neue Vorsitzende bestätigt. Zu meinen StellvertreterInnen wurden Alexander Frick (FSG) und Maria Cristelotti (FCG) gewählt.

In einer Reihe von **Anträgen** forderten die Delegierten unter anderem:

- keinerlei Kürzungen im Bereich der Ressourcen – die Auswirkungen der Coronakrise im Bildungsbereich werden jetzt massiv spürbar
- die Einführung der gemeinsamen Schule für 10- bis 14-Jährige
- die Einführung eines zusätzlichen, verpflichtenden Unterrichtsfaches Ethik
- Anrechnung der Vordienstzeiten für QuereinsteigerInnen
- administrative Entlastung der Schulleitungen, Fächerzulage in der Volksschule, ect.

Alle unsere Anträge lassen wir euch mit dieser Aussendung zukommen. Als neue Vorsitzende werde ich mich bei jeder Gelegenheit für die Umsetzung dieser Anträge einsetzen.

Mit kollegialem Gruß

Alexandra Loser
(Vorsitzende der PflichtschullehrerInnengewerkschaft)
Tel. 0664 16 25 988
loseralexandra@hotmail.com

S o l i d a r i t ä t



Österreichischer Gewerkschaftsbund
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Landesleitung der PflichtschullehrerInnen in Vorarlberg
6900 Bregenz, Römerstraße 14, Tel. 05574 / 511-65012, M: 0664 / 16 25 988

Anträge

Leitantrag:

Kein Sparen in der Krise / Bildung ist der Grundstein für das spätere Leben. Jede Kürzung im Bereich von Ressourcen generell und im Besonderen für Sprachtherapie, Spezifische Lernförderung, Stunden für Kinder mit besonderen Bedürfnissen und Verhaltensauffälligkeiten ist **kontraproduktiv** und **abzulehnen**.

Für eine dringend notwendige qualitative Verbesserung der Volksschulen benötigt es unter anderem **folgende Veränderungen**:

- **Personal:** zusätzliche Lehrpersonen für Teamteaching (besonders im Schuleingangsbereich) und in Ganztagesklassen) und/oder kleinere Klassen.
- **Strukturreform:** zwei Pflichtjahre im Kindergarten; Ausbau der Ganztagesbetreuung; Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten; Anerkennung von Verhaltensauffälligkeiten für zusätzliche Stundenressourcen; mehr freie Stundenkontingente

Antrag 1:

Es wird beantragt, dass Schulen auf **zusätzliche Hilffssysteme** zur Unterstützung von SchülerInnen mit sozialen Defiziten zurückgreifen können. Unter Hilffsystemen verstehen wir BeratungslehrerInnen, KrisenbegleitlehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, SchulpsychologInnen, etc. Um die Effizienz der Hilfsmaßnahmen zu gewährleisten, ist die regelmäßige Anwesenheit der Fachkräfte an den Schulen dringend erforderlich.

Begründung

Gerade jetzt, wo die Auswirkung der Corona Krise im Bildungsbereich massiv spürbar werden, braucht es mehr und nicht weniger Ressourcen.

Die Volksschulen brauchen dringend zusätzliche Unterstützungsmittel (personell, finanziell und räumlich), um eine der heutigen Zeit und ihren geänderten Anforderungen wirklich angemessene, gute und fundierte Basisarbeit im Bildungssystem leisten zu können. Neben sprachlichen Defiziten haben immer mehr Kinder auch in den sogenannten Kulturtechniken gravierende Defizite. Zur Förderung der schwächeren Kinder ist eine 2. Lehrperson unumgänglich.

Die dramatische Zunahme von SchülerInnen mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten stellt Lehrpersonen vor immer größere Probleme und übersteigt ihre Grenzen in vielen Fällen bei weitem. Die Unterstützung durch speziell geschulte Fachkräfte halten wir daher für unverzichtbar.

S o l i d a r i t ä t



Österreichischer Gewerkschaftsbund
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Landesleitung der PflichtschullehrerInnen in Vorarlberg
6900 Bregenz, Römerstraße 14, Tel. 05574 / 511-65012, M: 0664 / 16 25 988

Antrag 2:

Wir beantragen die **Einführung** der **Gemeinsamen Schule** der 10- bis 14-Jährigen.

Das derzeitige System mit einer Schullaufbahnentscheidung am Ende der Volksschulzeit ist nicht mehr zeitgemäß.

Antrag 3:

Wir beantragen, dass es **keine finanziellen Hürden** für KollegInnen, die **aus anderen Bundesländern** nach Vorarlberg wechseln, geben darf. Übertritte sind adäquat dem BundeslehrerInnensystem vorzunehmen. Für **QuereinsteigerInnen** hat eine Anrechnung aller ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeiten als **Vordienstzeiten** zu erfolgen!

In Zeiten des LehrerInnenmangels, sind wir froh um jede(n) KollegIn, die nach Vorarlberg kommt. Finanzielle Hürden dafür müssen fallen. In Zukunft wird das öffentliche Pflichtschulwesen auch viele Spätberufene und QuereinsteigerInnen benötigen. Ein Anreiz für ihren Berufswechsel ist für das gesamte System von Bedeutung.

Antrag 4:

Sekretariate für Schulleitungen

Schulen brauchen Sekretariate zur Erledigung der immer mehr werdenden administrativen Aufgaben. Eine zeitgemäße Schulleitung braucht Zeit für Schulentwicklung, Mitarbeiterführung, Elternarbeit und vieles mehr. Es wird beantragt, den Schulen Sekretariatsstunden in ausreichendem Ausmaß (20 Wostd / Staffelung / Clustersekretariate) zur Verfügung zu stellen.

Die Aufgaben für die Schulleitungen werden immer umfangreicher und sind ohne eine administrative Entlastung nicht mehr länger durchführbar (siehe Bundesschulen). Um LeiterInnenstellen für allfällige Interessenten wieder attraktiver zu machen, ist das eine Voraussetzung. Sekretariate entlasten von Parteienverkehr und halten der Schulleitung den Rücken für die eigentlichen Aufgaben frei. 20 Stunden in der Woche sind das Minimum für eine adäquate Entlastung. Kleinschulen können mit der Einrichtung von Clustersekretariaten freigespielt werden.

Antrag 5:

Mehr Transparenz bei den offenen Dienstposten im Land

Wir fordern eine digitale Plattform mit einer Übersicht über die offenen Stellen. Außerdem muss das Procedere für Ansuchen um Versetzung und Zuweisung an eine Schule transparent und klar nachvollziehbar gemacht werden. Die gesetzlichen Vorgaben sind umzusetzen.

Momentan ist es für niemanden (LehrerInnen, LeiterInnen, Schulerhalter,...) ersichtlich, wo eine Stelle frei ist. Wer sich informieren will, muss Schulen anschreiben und ist auf die Auskunft Dritter angewiesen.

S o l i d a r i t ä t



Österreichischer Gewerkschaftsbund
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Landesleitung der PflichtschullehrerInnen in Vorarlberg
6900 Bregenz, Römerstraße 14, Tel. 05574 / 511-65012, M: 0664 / 16 25 988

Antrag 6:

VolksschullehrerInnen im neuen Dienstrecht sollen analog zu den Lehrpersonen in der Sekundarstufe I auch eine **Fächerzulage** in Deutsch und Mathematik erhalten.

Eine Ungleichbehandlung ist sachlich nicht begründbar. So gibt es auch in der 4. Schulstufe Schularbeiten in Deutsch und Mathematik, die einen vermehrten Korrekturaufwand bedeuten. Außerdem gibt es auch in der Sekundarstufe für Stunden Zulagen, in denen keine Schularbeit vorgesehen sind: „Anspruchsbegründend ist eine gemäß Lehrfächerverteilung regelmäßig zu erbringende Wochenstunde (in einem von der Regelung erfassten Unterrichtsgegenstand; in Betracht kommen Pflichtgegenstände, z.B. aber auch Freigegegenstände, Förderunterricht oder Unterrichtsgegenstände im Rahmen der gegenstandsbezogenen Lernzeit).“

Antrag 7:

Wir beantragen, dass der **Ethikunterricht** als zusätzliches **verpflichtendes Unterrichtsfach** für alle Schulstufen eingeführt wird.

Ethikunterricht ist sehr wichtig für unsere Kinder, besonders in einer pluralistischen Gesellschaft. In so einer Gesellschaft muss es das Ziel eines jeden Staates sein, Regeln des Zusammenlebens zu vermitteln, die für alle Mitglieder dieser Gesellschaft gelten, und zwar unabhängig von der Religionszugehörigkeit. Dazu gehören unter anderem Themen wie die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft, die Kenntnisse zu den Weltreligionen, religiöse Toleranz, philosophische Fragen, respektvoller Umgang mit unseren MitbürgerInnen und der Umwelt.

Ein Pflichtfach „Ethik“ trennt nicht nach Religionen, sondern verbindet und begünstigt den Diskurs zwischen den SchülerInnen unterschiedlicher Glaubensrichtungen. Das ist für das friedliche Zusammenleben in unserem Staat enorm wichtig und fördert die Integration.

S o l i d a r i t ä t



Österreichischer Gewerkschaftsbund
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Landesleitung der PflichtschullehrerInnen in Vorarlberg
6900 Bregenz, Römerstraße 14, Tel. 05574 / 511-65012, M: 0664 / 16 25 988

Antrag 8:

Die Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen möge sich dafür einsetzen, dass die **Lehrenden**, welche im Rahmen des **8-Punkte Planes** in digital ausgestatteten Klassen unterrichten, von Seiten des Dienstgebers mit denselben persönlichen **digitalen Endgeräten** ausgestattet werden, welche den SchülerInnen zur Verfügung gestellt werden. Sie möge sich des weiteren dafür einsetzen, dass die LehrerInnengeräte in regelmäßigen Abständen von vier Jahren erneuert werden.

Nur wenn Lehrende auch mit entsprechenden Endgeräten auf der Höhe der technologischen Entwicklung ausgestattet sind, kann guter digitaler Unterricht gelingen.

S o l i d a r i t ä t